

Antrag: 1

**Antrag**  
**zur Landesversammlung des FVDZ Mecklenburg-Vorpommern**  
**am 27.06.2018 in Güstrow**

Antragsteller: **Landesvorstand**

Kurztext: **Gesundheitspolitische Forderungen**

**Wortlaut des Antrages:**

Die Landesversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte fordert die neue Bundesregierung auf, das Patientenwohl und die Patientenorientierung zum entscheidenden Maßstab und zum Leitbild für Reformen des Gesundheitswesens zu machen.

Insbesondere ist aus Sicht der Versammlung dazu erforderlich,

- staatliche Regulierungen und Eingriffe in das Gesundheitswesen auf das unbedingt erforderliche Minimum zu beschränken,
- die Möglichkeit zur privaten Absicherung gesundheitlicher Risiken (das duale Krankenversicherungssystem) als Voraussetzung für Wettbewerb und medizinischen Fortschritt zu erhalten und allen Bürgern die Wahl der Krankenversicherung zu ermöglichen,
- den Gesundheitsfond inklusive des Risikostrukturausgleichs abzuschaffen, die Beitragsautonomie an die Krankenkassen zurückzugeben und die Budgetierung abzuschaffen,
- die Direktabrechnung mit Kostenerstattung einzuführen und Mehrleistungsvereinbarungen auszubauen,
- die versicherungsfremden Leistungen der GKV aus Steuermitteln zu finanzieren,
- die Digitalisierung zur Verbesserung der Versorgung zu fördern und dabei die Souveränität der Patienten über ihre Daten zu gewährleisten,
- den Approbationsvorbehalt für zahnärztliche Leistungen zu sichern,
- die neue Approbationsordnung unter Erhalt der zahntechnischen Kompetenz zu verabschieden und die notwendigen Finanzmittel bereitzustellen,
- die Selbstverwaltung als wichtiges Element für Selbstbestimmung auszubauen und zu fördern und
- die Besonderheiten des zahnmedizinischen Sektors zu berücksichtigen.

Abstimmung: einstimmig

Antrag : 2

**Antrag**  
**zur Landesversammlung des FVDZ Mecklenburg-Vorpommern**  
**am 27.06.2018 in Güstrow**

Antragsteller: **Landesvorstand**

Kurztext: **Elektronische Gesundheitskarte (eGK)**

**Wortlaut des Antrages:**

Die Landesversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte fordert die Verantwortlichen in Politik und Gesundheitswesen auf, die weitere Einführung der elektronischen Gesundheitskarte kritisch zu hinterfragen und statt der eG-Karte ein neues Konzept zur Digitalisierung des Gesundheitswesens vorzulegen.

Elf Jahre nach dem Start der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte sehen Ärzteverbände und Kassen das Projekt als gescheitert an. Zwar wurden bereits insgesamt 1,7 Milliarden Euro in die E-Card investiert, von den versprochenen Funktionen der Karte werden bislang aber nur wenige genutzt.

Deshalb sollte das Projekt grundsätzlich überdacht und nicht weiter realisiert werden.

Abstimmung: mehrheitlich, bei einer Enthaltung

Antrag: 3

**Antrag**  
**zur Landesversammlung des FVDZ Mecklenburg-Vorpommern**  
**am 27.06.2018 in Güstrow**

Antragsteller: **Landesvorstand**

Kurztext: **Online Rollout**

**Wortlaut des Antrages:**

Die Landesversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte fordert die Verantwortlichen in Politik und Gesundheitswesen auf, beim Online Rollout die bisher geplanten Fristen deutlich zu verlängern, die Sanktionen auszusetzen und die vollständige Erstattung aller, durch die Installation in den zahnärztlichen Praxen entstehenden Kosten zu jedem Installationszeitpunkt sicherzustellen. Die Folgekosten sind ebenfalls zu erstatten.

Abstimmung: einstimmig

Antrag: 4

**Antrag**  
**zur Landesversammlung des FVDZ Mecklenburg-Vorpommern**  
**am 27.06.2018 in Güstrow**

Antragsteller: **Landesvorstand**

Kurztext: **Keine Einheitsgebührenordnung für GKV- und PKV-Bereich**

**Wortlaut des Antrages:**

Die Landesversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte fordert alle Parteien auf, sich für den Erhalt der Privaten Krankenversicherung einzusetzen (Stichwort: Erhalt des „dualen Systems“).

Die Forderung nach Schaffung einer einheitlichen Gebührenordnung hat zum Ziel, das gesamte Gesundheitssystem dem Sozialrecht zu unterwerfen.

**Begründung:**

Nur durch den Erhalt der PKV werden Wahlfreiheit, Wettbewerb und die bestmögliche Versorgung der Patienten gewährleistet. Die Absicht der Großkoalitionäre, eine wissenschaftliche Kommission zur Schaffung eines „modernen Vergütungssystems“ einzusetzen, die die rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen klären soll, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier lediglich die Entscheidung zu staatlich dirigistischen Eingriffen in das duale System vertagt wurde. Eigentliches Ziel bleibt der Einstieg in die „Bürgerversicherung“.

Abstimmung: einstimmig

Antrag:

**Antrag**  
**zur Landesversammlung des FVDZ Mecklenburg-Vorpommern**  
**am 27.06.2018 in Güstrow**

Antragsteller: **Landesvorstand**

Kurztext: **Bürokratieabbau**

**Wortlaut des Antrages:**

Die Landesversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte fordert den Gesetzgeber und die zuständigen Organe der Selbstverwaltung auf, die Empfehlungen des Normenkontrollrates aus August 2015 umgehend umzusetzen.

**Begründung:**

Die im August 2015 veröffentlichten Empfehlungen stammen aus dem Abschlussbericht des Nationalen Normenkontrollrates „Mehr Zeit für die Behandlung. Vereinfachung von Verfahren und Prozessen in Arzt- und Zahnarztpraxen“.

Antrag: 5

**Antrag**  
**zur Landesversammlung des FVDZ Mecklenburg-Vorpommern**  
**am 27.06.2018 in Güstrow**

Antragsteller: **Landesvorstand**

Kurztext: **Totale Aufhebung der Budgetierung**

**Wortlaut des Antrages:**

Angesichts des Überschusses der Krankenkassen von 19 Mrd. Euro fordert der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte die endgültige Aufhebung jeglicher Budgetierung. Es ist erforderlich, alle Vertragsleistungen in voller Höhe zu bezahlen.

**Begründung:**

Seit 25 Jahren müssen die Zahnärzte Kürzungen der Vergütung von erbrachten Leistungen hinnehmen, obwohl sie zu keinem Zeitpunkt zu einer Gefährdung des Beitragssatzes beigetragen haben.

Abstimmung: einstimmig

Antrag: 6

**Antrag**  
**zur Landesversammlung des FVDZ Mecklenburg-Vorpommern**  
**am 27.06.2018 in Güstrow**

Antragsteller: **Landesvorstand**

Kurztext: **GOZ**

**Wortlaut des Antrages:**

Die Landesversammlung Mecklenburg-Vorpommern des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte fordert den Verordnungsgeber auf, seiner gesetzlichen Verpflichtung gemäß §15 Zahnheilkundengesetz nachzukommen und die seit 30 Jahren unterlassene Anhebung des GOZ-Punktwertes vorzunehmen.

**Begründung:**

Der aktuelle Punktwert der GOZ resultiert aus dem Jahre 1988 und besteht somit seit 30 Jahren.

In Anbetracht der allgemeinen Preisentwicklung und der erheblichen Steigerung der Betriebskosten in Zahnarztpraxen ist diese Festsetzung nicht mehr zutreffend und muss daher den heutigen Verhältnissen und gemäß den betriebswirtschaftlichen Erfordernissen auch kontinuierlich angepasst werden. Bereits bei der GOZ Novellierung 2012 wurde die Steigerung der Betriebskosten in den Praxen durch die Beibehaltung des Punktwertes negiert. Damit wird die Zahnärzteschaft gegenüber den anderen Freien Berufen, die in den letzten Jahren deutliche Steigerungen ihrer Honorare erhielten, benachteiligt.

Abstimmung: einstimmig

Antrag: 7

**Antrag**  
**zur Landesversammlung des FVDZ Mecklenburg-Vorpommern**  
**am 27.06.2018 in Güstrow**

Antragsteller: **Landesvorstand**

Kurztext: **Medizinische Versorgungszentren**

**Wortlaut des Antrages:**

Die Landesversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte bekräftigt die Aussagen des gemeinsamen Briefes der KZBV, der BZÄK und des Freien Verbandes vom 15. November 2017 zum Thema MVZ. Diese sind im vertragszahnärztlichen Bereich ausschließlich arztgruppenübergreifend auszugestalten.

**Begründung:**

Nachdem die KZBV die Entwicklung arztgruppengleicher MVZ bereits seit dem Inkrafttreten des GKV-Versorgungsstärkungsgesetzes im Jahr 2015 aufmerksam und kontinuierlich beobachtet und bei jeder Gelegenheit als folgenschwere politische Fehlsteuerung markiert und hierzu eine vom gesamten Berufsstand gemeinsam getragene Position entwickelt hat, haben am 15. November 2017 KZBV, BZÄK und der FVDZ einen gemeinsamen Brief an die Politik übermittelt, in dem sich die drei Organisationen einmütig dafür aussprechen, für den vertragszahnärztlichen Bereich MVZ ausschließlich arztgruppenübergreifend auszugestalten. Der Brief ist unterzeichnet vom Vorstand der KZBV, den Präsidenten der Bundeszahnärztekammer und den Bundesvorsitzenden des Freien Verbandes. Zudem wurde er von allen Vorsitzenden der KZVen, Präsidenten der Zahnärztekammern sowie den Landesvorsitzenden des Freien Verbandes unterzeichnet.

Abstimmung: einstimmig